



Kiel, 29. März 2017

Nr. 109 /2017

Martin Habersaat:

Drei Lichtstreifen am Horizont

Martin Habersaat, der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, erklärt anlässlich des Bildungskongresses der Interessenvertretung der Lehrkräfte in Schleswig-Holstein:

Die IVL gehört traditionell nicht zu den stärksten Unterstützern sozialdemokratischer Bildungspolitik, die auf gemeinsames Lernen setzt. Aber selbst für Verfechter des gegliederten Schulwesens und überzeugte Realschullehrer müssen abseits der Strukturfrage in den vergangenen Jahren Lichtstreifen am Horizont zu sehen gewesen sein:

1. Rot-Grün-Blau brachte bessere Arbeitsbedingungen und bessere Bezahlung

Diese Landesregierung hat den Stellenabbau gestoppt und die Unterrichtsversorgung verbessert. Die Mittel für Schulsozialarbeit wurden vervielfacht. Alle Kolleginnen und Kollegen an Gemeinschaftsschulen werden A13 erhalten. Der jüngste Tarifabschluss für die Angestellten der Länder wurde für die Beamtinnen und Beamten in Schleswig-Holstein zeit- und inhaltsgleich übernommen.

2. Britta Ernst hat der Berufsbildung einen neuen Stellenwert gegeben

Das Ziel unserer Bildungspolitik ist es, jedem Kind die Entfaltung seiner Potentiale zu ermöglichen und den bestmöglichen Abschluss zu erreichen. Das Abitur ist nicht der allein seligmachende Abschluss. Erstmals trägt mit dem Ministerium für Schule und Berufsbildung ein Ministerium die Berufsbildung sogar im Namen. Jugendberufsagenturen sorgen in den ersten Kreisen für eine bessere Verzahnung der beteiligten Stellen. Mit dem SHIBB, dem Schleswig-Holsteinischen Institut für berufliche Bildung, wird eine verbesserte Struktur für die Berufsbildung erreicht, die alle Beteiligten in die Verantwortung nimmt.

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

3. Inklusion wird mit Ressourcen unterlegt

Nachdem CDU und FDP dem Landtag schriftlich gegeben hatten, Inklusion ginge zum Nulltarif, hat sich diese Landesregierung dazu entschlossen, Inklusion mit zusätzlichen Ressourcen zu unterlegen. Alle Grundschulen haben Schulassistenzen bekommen, die Anzahl der Schulpsychologen wurde verdoppelt, die Differenzierungsstunden an Gemeinschaftsschulen zurückgegeben, die Zahl der Sonderpädagogen erhöht und das Land beteiligt sich an den Kosten der Schulbegleitung. Ein Gutachten von Prof. Klemm sieht den Bedarf von weiteren 500 Stellen. Dem soll in der kommenden Legislaturperiode nachgekommen werden.

Was nun die Schulstrukturen angeht, wurden diese im Kern 2007 von einer großen Koalition entwickelt und 2012/2013 in einem Bildungsdialog diskutiert und im aktuellen Schulgesetz in der heutigen Form festgelegt. Daran werden wir festhalten.